

Klaus Armingeon

## **Auf dem Weg zu entpolitisierten Gewerkschaften? Ein internationaler Vergleich\***

---

*Prof. Dr. Klaus Armingeon, geb. 1954 in Stuttgart, lehrt, nach Studium und Forschung an den Universitäten Tübingen, Konstanz, Mannheim und Heidelberg, seit 1993 Politikwissenschaft an der Universität Bern.*

Ist das Zeitalter einer politisch orientierten Gewerkschaftsbewegung vorbei? Sind die historischen Koalitionen zwischen Gewerkschaften und ehemaligen Arbeiterparteien im Modernisierungsprozeß europäischer Gesellschaften zerfallen? Ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft dabei, politisch konturlos zu werden? Dies sind die Ausgangsfragen dieses Beitrags.

\* Der Aufsatz wurde im Zusammenhang eines Projektes über Arbeitsorientierungen und politische Einstellungen schweizerischer Arbeitnehmer verfaßt. Das Projekt wird vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert. Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und überarbeitete Fassung eines Artikels, der in der Zeitschrift *Transfer* (Vol. 3, No. 3, 1997) erschienen ist. Ausführliche Beschreibung der Datenbasis und der Methoden finden sich dort.

### Das vermutete Ende der Ideologien in der Gewerkschaftsbewegung

Vieles spricht dafür, daß sich am Ende dieses Jahrhunderts Gewerkschaftsmitglieder in ihren politischen Orientierungen nicht mehr von nicht organisierten Arbeitnehmern unterscheiden. Grob vereinfachend kann man folgendermaßen argumentieren: Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren einst - vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die ersten Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg - zwei Arme einer Arbeiterbewegung. Die Arbeiterparteien übernahmen die politisch-parlamentarische Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften sicherten die Interessen ihrer Mitglieder in der Arbeitswelt. Gewerkschafter waren sich dieser Arbeitsteilung bewußt und die Entscheidung für die Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerorganisation war meist verbunden mit einer bestimmten politischen Einstellung; nämlich die Unterstützung der entsprechenden gewerkschaftsnahen Partei und ihrer Ziele. Die Auflösung dieser Verknüpfungen erfolgte von beiden Seiten: Die klassischen europäischen Arbeiterparteien suchten breitere Wählerschichten außerhalb der Industriearbeiterschaft und sie richteten sich dabei programmatisch neu aus. Auch die Gewerkschaften mußten neue Mitglieder gewinnen, die insbesondere bei den Angestellten und im Dienstleistungssektor zu finden waren<sup>1</sup>. Für diese potentiellen neuen Mitglieder waren die früheren politischen Positionen der Gewerkschaften eher abschreckend. Der Wert eines Beitritts wurde an der gewerkschaftlichen Leistungsfähigkeit im Bereich der Interessenvertretung in der Arbeitswelt gemessen. Wenn Gewerkschaftsmitgliedschaft heute noch eine bestimmte politische Position anzeigt, so ist dies höchstens noch in den Restbeständen der alten Industriearbeiterschaft vorzufinden.

Die Partei, die den politischen Arm der Arbeiterbewegung darstellte, war in Europa vor allem die Sozialdemokratie. Gute Beispiele hierfür sind die deutsche, schwedische oder die britische Sozialdemokratie. Aber auch christlich-katholische Parteien waren häufig Koalitionspartner der Gewerkschaften, insbesondere in Ländern mit einer starken katholischen Gewerkschaftsbewegung. Das galt für den belgischen CSC, die französische CFDT, die italienische CISL, den holländischen NKV oder den schweizerischen CNG. Die alle enge Kontakte mit christdemokratischen Parteien hatten. Und schließlich sind besonders in Italien und Frankreich kommunistische Gewerkschaften entstanden, die sich politisch durch die kommunistischen Parteien dieser Länder vertreten fühlten<sup>2</sup>.

Diese stilisierte Beschreibung kann sich auf zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen stützen, die für die Arbeiterbewegung, aber auch für die Politik insgesamt, ein Ende der Ideologien behaupteten<sup>3</sup>. In der Tat

---

1 Visser, Jelle: In Search of Inclusive Unionism (Bulletin of Comparative Labour Research 18-1990). Deventer/Boston (Kluwer) 1990, besonders Kapitel 3.

2 Vgl. Ebbinghaus, Bernhard: „The Siamese Twins: Citizenship Rights, Cleavage Formation, and Party-Union Relations in Western Europe“, International Review of Social History. 1995, Supplement 3 40:51-89.

3 Vgl. als Beispiel: Kerr, Clark/John T. Dunlop, et al.: Industrialism and Industrial Man. The Problems of Labor and Management in Economic Growth, London (Heinemann) 1962.

scheinen nicht nur zahlreiche Alltagserfahrungen, sondern auch systematische empirische Befunde auf ein Ende der Ideologie in der Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen. Dazu gehört beispielsweise die Auflösung der alten institutionellen Verbindungen zwischen Parteien und Gewerkschaften, etwa in Form satzungsgemäß festgelegter, wechselseitiger Repräsentation in den Vorständen, finanzieller Unterstützungen, kollektiver Mitgliedschaften der Gewerkschafter in der Partei oder sonstiger formaler Verflechtungen. Davon ist heute in Westeuropa nur noch wenig zu finden<sup>4</sup>, denn jede Gewerkschaft, die sich heute ausdrücklich zu einer (sozialdemokratischen) Partei bekennt, muß befürchten, sich die Chancen in den wichtigsten Wachstumsmärkten der Mitgliedschaft - unter den Angestellten und im Dienstleistungssektor - zu verbauen.

Erstaunlicherweise gibt es aber auch Hinweise darauf, daß dieses Ende der Ideologie zu früh proklamiert wurde. Zahlreiche informelle Beziehungen bestehen weiterhin, und unter den Eliten von Gewerkschaften wie gewerkschaftsnahen Parteien findet sich auch weiterhin eine große Zahl von Doppelmitgliedern in beiden Organisationen<sup>5</sup>. Aber nicht nur im Kreis der Spitzenfunktionäre haben die historischen Koalitionen von Parteien und Gewerkschaften starke Spuren hinterlassen; auch die Gewerkschaftsmitgliedschaften weisen deutlich ausgeprägte politische Bindungen und Vorlieben auf, die als ein Weiterbestehen der traditionellen Verknüpfungen interpretiert werden können<sup>6</sup>.

Was ist also von der Behauptung zu halten, die Gewerkschaftsmitglieder würden sich in bezug auf ihre politischen Einstellungen immer weniger von ihren nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen unterscheiden? In diesem Beitrag möchte ich die These des „Endes der Ideologien“ auf der Grundlage von Umfragedaten untersuchen. Zwei Leithypothesen ergeben sich aus der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über das Zerfallen der ehemals engen Bindung zwischen Gewerkschaften und einer spezifischen politischen Programmatik:

- Die Grundüberlegung bezieht sich auf einen zeitlichen Wandel, der alle Gewerkschaftsmitglieder gleichermaßen erfaßt haben müßte: Früher sei Gewerkschaftsmitgliedschaft sehr viel mehr als heute mit bestimmten

---

4 Vgl. Hindley, Michael: Trade Unions and Political Funding in Europe. A report on the financial and other links between trade unions and political parties. London (Labour Research Department) 1997.

5 Vgl. für die Schweiz: Sciarini, Pascal: Die Parteielite und die Verbände, in: Pascal Sciarini/Matthias Finger/Ural Ayberk und Carlos Garcia (Hrsg.): Die Kader der Schweizer Parteien, Zürich (Seismo) 1994, S. 83-98 oder für die alte Bundesrepublik: Grewe, Hartmut/Niederhoff, Horst-Ulrich et al: Funktionärskarrieren im DGB. Zum Generationswechsel an der Spitze der DGB-Gewerkschaften, Meile (Ernst Knoth) 1988, S. 93-97; Armingeon, Klaus: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften 1950-1985, Frankfurt a. M./New York (Campus) 1988, S. 123ff.

6 Vgl. Aarts, Kees: Intermediate Organizations and Interest Representation. in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (Hrsg.): Citizens and the State, Beliefs in Government. Vol. I. Oxford (Oxford University Press) S. 227-257; Weßels, Bernhard: „Vielfalt oder strukturierte Komplexität? Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem in der Bundesrepublik“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43(3) 1991, S. 454-475; Witte, Hans de: Are trade union members (still) motivated by ideology? in: Patrick Pasture/Johan Verberckmoes und Hans de Witte (Hrsg.): The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe, Aldershot (Avebury 2) 1996, S. 275-304.

politischen Einstellungen und Verhaltensweisen verbunden gewesen. Heute würden sich Mitglieder und Nichtmitglieder von Gewerkschaften in ihren politischen Ansichten und ihrem politischen Tun deutlich weniger unterscheiden, als dies noch vor wenigen Dekaden der Fall gewesen ist.

- Bei der zweiten Hypothese wird angenommen, daß die Koalitionen zwischen Parteien und Gewerkschaften entstanden sind, als die letzteren fast nur (Fach-)Arbeiter organisierten. Diese seien auch heute den alten Programmen und Organisationen verbunden; die Auflösung der früheren typischen ideologischen Orientierung erfolge bei den neuen Mitgliedergruppen. Dabei handle es sich um die wachsende Zahl der nicht manuell tätigen Arbeitnehmern (Angestellte und Beamte), die vor allem auch im Dienstleistungssektor zahlreich vertreten seien.

Um diese zwei Leithypothesen zu überprüfen, bietet sich ein internationaler Vergleich an. So kann die Gefahr vermieden werden, eine spezifische Entwicklung in einem Land voreilig als allgemeinen Trend auszuweisen. In diesem Vergleich sollten die Einstellungen und Verhaltensweisen von gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Arbeitnehmern in verschiedenen Beschäftigungskategorien im zeitlich längeren Abstand analysiert werden. Die verfügbaren Daten zwingen zu erheblichen Abstrichen an diesem Forschungsprogramm. Gleichwohl konnten Daten aus fünf Ländern (Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweiz) in historischer Perspektive verglichen werden. Die Daten stammen aus den frühen siebziger Jahren. Für die neunziger Jahre und für 12 EU-Mitgliedsländer waren Euro-Barometer-Umfragen (und für die Schweiz eine größere Wahlumfrage) verfügbar. Da diese Umfragen sehr groß waren, konnten wir die Arbeiter und die Angestellten intern nochmals nach ihrem Status unterscheiden. Das Unterscheidungskriterium war hierbei die Dauer der schulischen Ausbildung<sup>7</sup>.

### Zwei Trugschlüsse

Die empirische Analyse ergab als zentrales Ergebnis, daß die Diskussion vom Ende der Ideologie unter Gewerkschaftsmitgliedern zwei Trugschlüssen aufzusitzen droht. Der erste Trugschluß bezieht sich auf eine stilisierte Vergangenheit: Gewerkschaftsmitglieder unterschieden sich in ihren politischen Ansichten und Verhaltensweisen vor 20 Jahren nicht in dramatischer Weise von ihren nicht organisierten Kollegen. Der zweite Trugschluß ist das behauptete Zerfallen der früheren politischen Orientierungen und Koalitionen im Modernisierungsprozeß. Dafür gibt es nur wenige empirische Belege. Der Denkfehler, der in der aktuellen Debatte häufig gemacht wird, besteht mithin darin, die derzeit tatsächlich beobachtbaren geringen Unterschiede der politischen Ansichten mit den idealisierten, aber empirisch in diesem Ausmaß nicht vorhandenen, Differenzen der Vergangenheit zu vergleichen.

---

7 Nähere Informationen zu den Methoden, Datensätzen und Operationalisierungen finden sich in dem Beitrag in der Zeitschrift „Transfer“.

Worauf kann sich diese These des doppelten Trugschlusses stützen? Ich habe die Werte für verschiedene Indikatoren berechnet und sie in der Zeit und zwischen Beschäftigtengruppen verglichen. Dabei geht es um die allgemeine Selbstverortung der Gewerkschaftsmitglieder zwischen den Polen von ganz links und ganz rechts. Ferner untersuchte ich, ob die Gewerkschaftsmitglieder ein anderes Wahlverhalten als der Rest der Arbeitnehmerschaft haben und hatten. Und schließlich wird gefragt, ob Gewerkschaftsmitglieder in bezug auf einige Streitfragen, die den Wohlfahrtsstaat betreffen, anderer Ansichten sind als die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer.

1. Die Einordnung im politischen Raum: In der vergleichenden Sozialforschung hat sich ein einfaches Meßinstrument als ergiebig erwiesen. Es handelt sich dabei um die Frage: „In der Politik spricht man von „Links“ und „Rechts“. Wie würden Sie persönlich Ihren Standpunkt auf dieser Liste (die von 1=ganz links bis 10=ganz rechts reicht) einordnen?<sup>8</sup>“ Für die siebziger Jahre und die fünf Länder der entsprechenden Umfrage ergab sich, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich am stärksten links einordneten (Mittelwert 4.7), hierauf folgten die gewerkschaftlich organisierten Beamten und Angestellten (Mittelwert 5.0), sodann die Arbeiter (Mittelwert 5.2) und schließlich die Beamten und Angestellten außerhalb der Gewerkschaften (Mittelwert 5.5). Die vor 20 Jahren häufig gehegte Annahme, die Gewerkschaftsmitglieder - und darunter insbesondere die Arbeiter - seien besonders links, ist mithin ein Mythos: Gerade 0,5 Punkte auf einer Links-Rechts-Skala mit 10 Eichstrichen unterschied den durchschnittlichen Gewerkschafter (bei den Arbeitern wie bei den Angestellten) vom unorganisierten Kollegen. Diese Differenzen waren in Deutschland fast identisch mit dem entsprechenden Mittelwert der ganzen Ländergruppe. Während nichts die Annahme einer besonders stark linken Gewerkschaftsmitgliedschaft stützt, gibt es auch wenig Hinweise darauf, daß die politischen Ansichten von Gewerkschaftsmitgliedern identisch mit jenen von allen anderen Arbeitnehmern waren: hierzu sind die Differenzen zu groß und sie treten systematisch, d.h. in nahezu allen Ländern und Untergruppen auf.

Zwanzig Jahre später hatte sich an diesem Muster nur wenig geändert<sup>9</sup>. Dies betrifft sowohl die relative Position auf der Links-Rechts-Skala ebenso wie die Differenzen der Werte der gewerkschaftlich organisierten und der nicht-organisierten Untergruppen. In den zwölf EU-Ländern sind sämtliche

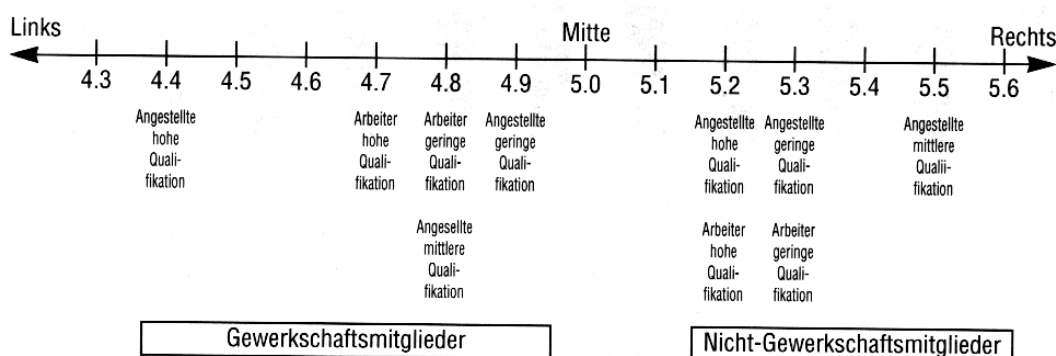
---

8 In der entsprechenden Schweizer Umfrage von 1995 wurde eine Liste mit 11 Punkten benutzt. Für die siebziger Jahre wurden für jedes Land die Mittelwerte für folgende Gruppen berechnet: gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, gewerkschaftlich organisierte Beamte und Angestellte, nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, nicht gewerkschaftlich organisierte Angestellte und Beamte. Aus diesen Ländermittelwerten wurde zur vereinfachten Darstellung in diesem Beitrag nochmals ein arithmetischer Mittelwert für die gesamte Ländergruppe gebildet. Die Datenbasis für die neunziger Jahre besteht aus wesentlich mehr Fällen, die getrennte Analysen nach gering und hoch qualifizierte Arbeiter und gering, mittel und hoch qualifizierte Angestellte und Beamte ermöglichten. Ansonsten wurde analog zum Vorgehen bei der Untersuchung der Datensätze der siebziger Jahre vorgegangen.

9 Hier wie im folgenden werden die Ergebnisse der Befragung der Arbeitnehmer in der Schweiz für die 90er Jahre wegen Problemen der Vergleichbarkeit nicht in die Berechnung aufgenommen. Inhaltlich sind die Schweizer Ergebnisse ebenso interpretierbar wie jene aus den 12 EU-Ländern.

Gruppen der Gewerkschaftsmitgliedschaft stärker links angesiedelt als die Nicht-Mitgliedsgruppen (Abbildung 1). Auffällig ist die starke Polarisierung bei den mittleren und höheren Angestellten. Man könnte dies so erklären, daß sich aus diesen Gruppen insbesondere jene zur Gewerkschaftsmitgliedschaft entschließen können, die in ihren politischen Ansichten besonders stark der Linken zuneigen. Neben diesem interessanten Detail ist als zentrales Ergebnis festzuhalten: Nichts spricht dafür, daß im letzten Vierteljahrhundert die Unterschiede in den ideologischen Positionen der Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder zusammengeschrumpft seien oder sich gar aufgelöst hätten. Die deutliche, aber im Ausmaß dennoch geringe Differenz bleibt erhalten.

Abbildung 1:  
Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala  
(Mittelwerte der jeweiligen Gruppen, 12 EU-Länder, neunziger Jahre)



2. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich, wenn das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern mit jenem von nicht organisierten Arbeitnehmern verglichen wird<sup>10</sup>. In den siebziger Jahren wählten 47 Prozent der gewerkschaftlichen Arbeiter und 40 Prozent der Angestellten und Beamten eine gewerkschaftsnahe Partei; dieser Anteil war fast doppelt so hoch wie unter den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitnehmern. Es gab also eine ganz deutliche Differenz. Aber andererseits zeigt sich auch, daß die gewerkschaftsnahen Parteien selbst unter den Gewerkschaftsmitgliedern (mit Ausnahme Deutschlands: dort stimmten von den Gewerkschaftsmitgliedern 62 Prozent der Arbeiter und 50 Prozent der Angestellten für die SPD) nicht mehrheitsfähig waren: 53 Prozent (Arbeiter) bzw. 60 Prozent (Angestellte und Beamte) wählten nicht oder eine andere Partei.

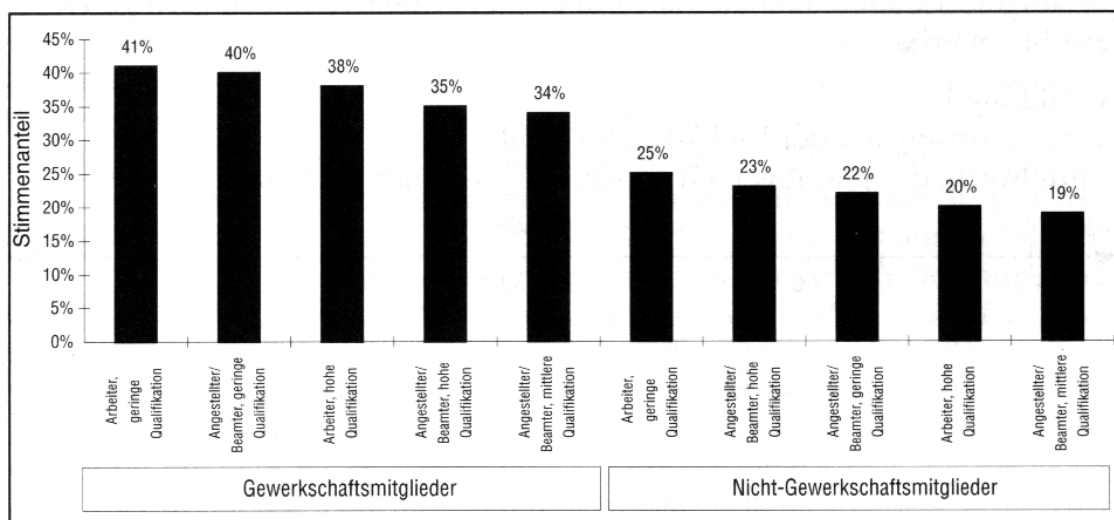
Diese Zusammenhänge zeigen sich ähnlich auch Anfang/Mitte der neunziger Jahre. Gewerkschaftsmitglieder in allen Statusgruppen wählen sehr viel stärker als die unorganisierten Erwerbstätigen eine gewerkschaftsnahe Partei und den noch haben diese Parteien unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit

<sup>10</sup> Für diese Auswertung wurden die sozialdemokratischen Parteien als gewerkschaftsnahe Parteien klassifiziert. In Frankreich, Italien, Portugal und Spanien wurden die kommunistischen Parteien und in Belgien wurde - aufgrund der herausragenden Bedeutung des christlichen Gewerkschaftsbundes - die christdemokratische Partei als gewerkschaftsnah eingeordnet.

wenigen Ausnahmen<sup>11</sup> keine Mehrheit (Abbildung 2). Sowohl in den siebziger wie in den neunziger Jahren ist das Bild einer mehr oder minder geschlossen (sozialdemokratisch) wählenden Gewerkschaftsmitgliedschaft falsch. Ebenso falsch ist aber auch die Vorstellung, in den neunziger Jahren würde zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Parteiwahl kein oder nur ein schwacher Zusammenhang bestehen.

Abbildung 2:

Stimmenanteil (in Prozent aller Wahlberechtigten der jeweiligen Gruppe) der gewerkschaftsnahen Parteien (12 EU-Länder, neunziger Jahre)



3. Die Unterstützung des Wohlfahrtsstaates. Gewerkschaften haben besonders nachdrücklich die Entwicklung des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates vorange-trieben. Unterstützen deshalb Gewerkschaftsmitglieder die staatliche Intervention in den Arbeitsmarkt und die Einkommensverteilung sehr viel stärker als die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer? Leider haben wir für diese Fragestellung keine sehr gut vergleichbaren Daten aus den siebziger und neunziger Jahren. Solche Fragen über den Wohlfahrtsstaat wurden ähnlich, aber nicht identisch, in den verschiedenen Umfragen gestellt, und deshalb können wir nicht wissen, ob die Unterschiede durch die Frageformulierung oder durch veränderte Einstellungen zustande kommen. Dennoch lassen sich mit aller Vorsicht einige Schlußfolgerungen ziehen. Auf die Frage, ob der Staat für die Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede verantwortlich sei, gaben in den siebziger wie in den neunziger Jahren zwei Drittel oder mehr aller Gewerkschaftsmitglieder eine zustimmende Antwort. Die Unterschiede zu den nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern sind systematisch vorhanden, jedoch nicht sehr markant. Die Differenzen betragen zwischen vier und neun Prozentpunkten. Noch ausgeprägtere Zustimmung findet die Frage, ob die Regierung dafür

<sup>11</sup> Portugal unter den hoch und gering qualifizierten Arbeitern. Spanien unter den hoch qualifizierten Arbeitern, Dänemark. Frankreich und Griechenland unter den gering qualifizierten Angestellten und Beamten. Frankreich unter den hoch qualifizierten Angestellten und Beamten.

verantwortlich sei, jedem, der dies wolle, auch einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Die Differenzen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern sind ebenfalls nahezu durchgängig zu beobachten; freilich ist das Ausmaß dieser Unterschiede sehr gering und schwankt zwischen einem und sechs Prozentpunkten.

Diese geringen Unterschiede zwischen den Mitgliedern und den Nichtmitgliedern dürften damit zusammenhängen, daß der Wohlfahrtsstaat ein untrennbarer Teil der westlichen Demokratien ist und von der Bevölkerung breit gestützt wird. Da eine überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer die sozialstaatliche Intervention stützt, kann die Gewerkschaftsmitgliedschaft keinen großen Unterschied mehr machen.

### **Schlußfolgerungen**

Diese Beobachtungen stützen verbreitete Vermutungen: Mittlere Angestellte und Beamte, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, verorten sich im Durchschnitt politisch rechts von allen anderen Arbeitnehmergruppen und sie wählen am wenigsten eine gewerkschaftsnahe Partei. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hingegen plazieren sich eher links und wählen besonders stark politische Parteien, die historisch den wichtigsten Gewerkschaften des Landes verbunden sind. Sowohl beruflicher Status wie Gewerkschaftsmitgliedschaft scheinen für politische Einstellungen wichtig zu sein. Freilich sind diese Unterschiede - außer bei der Wahlentscheidung - nicht dramatisch: Zwischen den Anhängern der SPD und der CDU lagen in der Bundesrepublik Deutschland Ende der achtziger Jahre fast 3 Skalenpunkte der Links-Rechts-Skala<sup>12</sup>; zwischen den - in dieser Hinsicht - extremsten Gruppen der deutschen Arbeitnehmerschaft (gewerkschaftlich organisierte, hoch qualifizierte Arbeiter und nicht gewerkschaftlich organisierte, gering qualifizierte Arbeiter) betrug die ideologische Distanz nur einen Skalenpunkt. Dieser Befund läßt sich aber nicht im Sinne der Behauptung vom Ende der Ideologie in der Gewerkschaftsbewegung interpretieren. Die vorhandenen Daten deuten darauf hin, daß sich auch vor einem Vierteljahrhundert die Gewerkschaftsmitglieder in ihren politischen Anschauungen und Verhaltensweisen nur schwach von ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen unterschieden. Das Bild der klassenkämpferischen, gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter in den siebziger Jahren ist ebenso ein Mythos wie die Vorstellung des Gewerkschaftsmitglieds in den neunziger Jahren, dessen politischen Einstellungen sich in nichts von jenen seiner unorganisierten Kollegen unterscheiden. In der Vergangenheit wie in der Gegenwart sind europäische Gewerkschaften Verbände von Mitgliedern mit einem spezifischen politischen Profil - über alle beruflichen Statusgruppen hinweg. Aber andererseits liegen und lagen keine politischen Welten zwischen den Mitgliedern und den Nichtmitgliedern.

---

12 Widfeldt, Anders: Party Membership and Party Representativeness, in: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hrsg.): Citizens and the state. Beliefs in Government. Vol. 1. Oxford (Oxford University Press) 1995. S. 134-182, Table 5.11, S. 168-9.